FR-Forum

DONNERSTAG, 14. OKTOBER 2021 | 77. JAHRGANG | NR.239

Frankfurter Rundschau

## Einfach nur armselig

Zu: "830 Visa für Ortskräfte", FR-Politik vom 12. Oktober

Wenn es drauf ankommt, arbeitet die deutsche Bürokratie sehr gründlich, und dann dauert es halt mit der Ausstellung von Visa. Mehr als 10000 Menschen auf den Ausreiselisten des Auswärtigen Amtes zuzüglich der Kernfamilien, also ohne volljährige Kinder und Geschwister die gehören ja nicht zur Kernfamilie und haben deshalb vor den Taliban nichts zu befürchten bleiben in Afghanistan zurück. Ohne diese Helfer:innen hätten wir in Afghanistan nichts bewirken können, in keinerlei Hinsicht. Jetzt haben sie Pech gehabt und müssen dafür büßen, dass sie auf uns, den Westen, gebaut haben. Aber vielleicht sind die Taliban ja gar nicht so böse, wie wir immer gedacht haben, vielleicht kann man mit denen sogar reden? Dass der Aufbau eines Staatswesens nach unseren Maßstäben jämmerlich gescheitert ist, offensichtlich vor allem von Ignoranz geprägt war, ist ein politisches Desaster. Dass wir unsere Helfer:innen schutzlos den Taliban ausliefern, das ist einfach nur armselig, erschütternd, eine moralische Bankrotterklärung. Jochen Schimmelschmidt, Friedrichsdorf

## Verbreiteter Irrtum

Zu: "Das Steuerrecht ist ungerecht", FR-Meinung vom 28. September

Am deutschen Steuerrecht lässt sich manches kritisieren. Franz Kohout unterläuft aber hinsichtlich des Ehegattensplittings ein weit verbreiteter Irrtum. Die Tatsache, dass das Splitting einen steuersparenden Splittingeffekt bewirkt, wird als Steuervorteil missinterpretiert. In Wirklichkeit zeigt dieser Splittingeffekt den Grad der steuerlichen Diskriminierung gegenüber Ledigen auf, der einträte, wenn das Splitting nicht angewandt würde. Gemäß Art. 3 Abs. 1 GG und dem Leistungsfähigkeitsprinzip wird die steuerliche Gleichbehandlung von Partnern einer Ehe mit Ledigen nur erreicht, wenn je die Hälfte des Haushaltseinkommens des Ehepaares besteuert wird. Das Leistungsfähigkeitsprinzip wird im Fall der Besteuerung durch das Prinzip der Opferfähigkeit konkretisiert, das heißt, dass die Steuer bei gleichem Einkommen, das für den Verbrauch verfügbar ist, den gleichen Verbrauchsverzicht bewirken soll. Würde das individuelle Erwerbseinkommen jedes Partners besteuert werden, zahlten die Ehepartner gegenüber Ledigen in Höhe des Splittingeffekts mehr Steuern, so dass die steuerliche Gleichbehandlung verletzt würde. Das Ehegattensplitting dient also der Sicherung der horizontalen Gerechtigkeit. Die vertikale Gerechtigkeit, die Kohout verletzt sieht, wird überhaupt nicht berührt.

Ernst Niemeier, Wentorf



#### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski Frankfurter Rundschau 60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:** 069 / 2199-3666

Mailan Cia ar

**Mailen Sie an:** Bronski@fr.de oder

Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

#### **FRERLEBEN**

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Politikwissenschaftler Frank Deppe über sein neues Buch "Sozialismus". Anmeldungen an buero@club-voltaire.de Zugangslink: https//cvbb.galatis.de/b/clu-ca6-4te-tct Dienstag, 19. Oktober, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5,

Karin Dalka moderiert die Veranstaltung "Haltung zählt Anspruch und Geschichte der Frankfurter Rundschau". Ehemalige und aktuelle Redakteurinnen und -Redakteure blicken auf 75 Jahre FR. Mit Richard Meng, Thomas Kaspar, Wolf Gunter Brügmann, Jutta Roitsch, Pitt von Bebenburg. Online unter fr.de/eventvideo. Anmeldung: fr.de/ueber-uns/anmeldung (Stichwort: Haltung). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Donnerstag, 21. Oktober, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Gerd Braune, FR-Korrespondent in Kanada, stellt sein neues Buch "Kanada – Ein Länderporträt" vor und spricht auch über sein brisantes Buch "Indigene Völker in Kanada". Anmeldung bis zum 17. Oktober an rheinmain@dkgonline.de. Eintritt ist frei, Teilnahme zu den 3G-Regeln. Donnerstag, 21. Oktober, 19 Uhr Frankfurter Presseclub, Ulmenstraße 20, Frankfurt

Thomas Kaspar diskutiert über die Frage "Gibt es eine digitale Seele?" mit der Philosophin Catrin Misselhorn und den Autoren Moritz Riesewieck und Hans Block und erörtert die Grenzen künstlicher Intelligenz und die Möglichkeiten einer digitalen Ethik.
Freitag, 22. Oktober, 19 Uhr Historisches Museum, Saalhof 1,

## Und noch ein Argument fürs Tempolimit

Sondierungsgespräche: "Wenn Verbote nötig sind", FR-Meinung v. 12.10., und "Der Zustand der Toiletten", FR-Forum v. 7.10.

#### Man hört's schon wieder: Wachstum über alles!

Eigentlich hat's jetzt auch mal der "Gernefleischesser" und Zigaretten-"Qualmer" - mein Lieblingskolumnist - problematisiert: 130 km/h auf Autobahnen sind genug. Sein Plädoyer erfreut sicher in der "Stolperkoalition" die Grünen und Volt: Nämlich Regeln, Satzungen und Gesetze mit genügend Überprüfungen sind in unserer FDP-Gesellschaft das Einzige, was wirken kann. Ansonsten macht der "freie" Bürger gerne, was er will, und eine anteilnehmende Rücksichtnahme ist ihm zu egal. Man sieht's an der Impfbegeisterung der Bevölkerung. Ständig wird lamentiert: Das ist Freiheitsentzug durch die Hintertür. Vielfach findet man, dass Gesetze schon ok sind, z.B. Geschwindigkeitsbegrenzung Kitas und Schulen oder Anschnallen im Auto, nur befolgt wird's zu mangelhaft. Und das Wichtigste ist, es fehlt die gesellschaftlich zu gering unterstützte Polizeikontrolle. Der Job ist zu uninteressant, wird zu gering bezahlt, und das FDP-Gejammere "Polizeistaat" kann man allzu oft hören. Überhaupt, FDP: Wie kann man sich in einer vorwärts "gewünschten" Politik nur mit der FDP einlassen? Mal sehen, was draus wird? Aber vor allem "Freiheit für die Bürger bei freier Fahrt für alle". Man hört's auch schon wieder von der FDP: Wachsen, wachsen, wachsen, wir brauchen mehr Gewerbegebiete. So kriegen wir das mit dem Klimaschaden nicht in den Griff, liebe Politiker! Oskar Voigt, Frankfurt

#### Zur Erholung auf die rechte Spur

Und noch ein Argument für ein Tempolimit. Ich gehöre zu den Leuten die sehr gern ganz schön schnell fahren. Aber auch ich werde älter, und die Autos werden schneller. Wir leben in einer Gesellschaft die immer älter wird. Dazu eine kleine Geschichte, die mir vor ein paar Jahren passiert

ist: Ich (ein relativ fitter Mann um die 60) fahre also vor ein paar Jahren auf der Autobahn. Die Autobahn ist mäßig ausgelastet. Ich fahre also auf der dritten Spur gemütlich mit 180. Da schaut man ja auch nicht immer in den Rückspiegel. Hätte mir wahrscheinlich auch nichts genutzt. Entgegen aller meiner Erwartungen wurde ich von zwei Kleinwagen überholt. Und geschnippelt. Wenn ich ein geschwächtes Herz gehabt hätte!? Ich bin dann auf rechte Spur um mich etwas zu erholen. Da hat dann ein relativ fitter älterer Mann gemerkt, dass es jüngere Männer mit schnelleren Reaktionen und schnelleren Autos Heiner Mesch, Attendorn

# Keine Lösungen für die Probleme unserer Zeit

FDP-Chef Lindner als einen "charismatischen Blender" und "eloquenten Schwätzer" erkannt zu haben, ist das eine. Denn er täuscht lediglich vor, für die Probleme unserer Zeit Lösungen vorzuhalten. Hinter dem Gerede, "Verantwortung für Deutschland" übernehmen zu wollen, steht allein das Ziel, die Gewinn- und Vermögensmaximierung FDP-Klientel bzw. ihrer reichen Spender noch stärker zu befriedigen. Dazu gehören Leute wie der Milliardär Carsten Maschmeyer, der mit der - rot-grünen - Riesterrente reich geworden ist und jetzt eine sechsstellige Großspende an die FDP zur Beförderung des "Weiter so" überwiesen hat.

Die FDP aber auch für den neoliberalen Umbau des Gemeinwesens und insbesondere des Steuersystems verantwortlich zu machen, ist zu viel der Ehre. Es waren vor allem SPD und Grüne in der Schröder-Fischer/Trittin-Koalition und die SPD in den großen Koalitionen mit CDU/CSU, die sämtliche Steuern für Spitzenverdiener, Konzerne, reiche Erben und Spekulanten - unter dem Beifall der FDP – entweder drastisch gekürzt oder ganz abgeschafft haben, um die ohnehin Reichen noch reicher zu machen. Währenddessen versank der Staat in Schulden und sparte "alternativlos" bei der großen Mehrheit und allen originären Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge. Angefangen bei einer Familienförderung, die den Fortbestand der Nation sichert, bis hin zur Unterhaltung der Infrastruktur und funktionierender Toiletten in den Schulen. SPD und Grüne waren es auch, die die von der Kohl-Genscher-Regierung ausgesetzte Vermögenssteuer entgegen der Wahlversprechen nicht wieder eingesetzt haben.

Und jetzt die Ampel: Nichts deutet darauf hin, dass dieses neoliberale Trio auch nur eines der drängenden Probleme unserer Zeit lösen wird. Denn Lindner gelingt das Kunststück, überzeugend zu wirken, allein deshalb, weil Baerbock, Habeck und Scholz ebenfalls lediglich mit Schlagworten um sich werfen und bar jeder wirklichen Problemlösungskompetenz bzw. -bereitschaft sind. Sie alle eint der Wille zur Macht und zum neoliberalen "Weiter so!"

Heidger Brandt, Emkendorf

# Frühes Störfeuer soll ausgeschlossen werden

Die Sondierungsgespräche zwischen SPD, FDP und Grünen bleibt es bei der allgemeinen Floskel - sollen Vertrauen aufbauen, um am Ende zu regieren, mindestens die nächsten vier Jahre. Zwischenergebnisse bleiben so für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar, um eventuell heftiges frühes Störfeuer – drohende Kritik von Seiten der Medien und unzufriedenen Parteimitgliedern auszuschließen. Gelb und Grün sind der Jahreszeit entsprechend die modische Farben im Herbst, für den neuen Aufbruch. Jamaika hat keine Zukunft, CDU/CSU sind mit sich selbst beschäftigt. Eine "Ampel", die sich im Straßenbild bereits für die Autofahrer gut bewährt hat.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/wahl-21

## Vier Finger weisen zurück

Zu "Grenzübertritt nur mit PCR-Test", FR-Politik vom 12. Oktober

westlichen Demokratien weisen gerne mit dem Finger auf andere Länder bezüglich Menschenrechtsverletzungen mangelnder demokratischer Zustände. Schaut man sich jedoch an, was an den Grenzen der EU in der Flüchtlingsproblematik passiert, dann weisen vier Finger auf uns zurück. Die BRD überlässt gerne den Ländern an der Außengrenze der EU, auch der Türkei, die Abwehr von Flüchtlingen, als hätte sie damit gar nichts zu tun. Im Mittelmeer ertrinken massenhaft Flüchtlinge. Rettungsbooten wird z.T. die Hilfe verwehrt. Griechenland verlangt PCR-Tests von Menschen auf der Flucht vor unmenschlichen Verhältnissen, bedroht sie mit horrenden Geldbußen. An der polnischen Grenze sterben die Menschen, weil ih-

nen jegliche Hilfe verwehrt wird. Die frühere Bundesregierung schob die Verantwortung auf die entsprechenden Länder, die damit überfordert sind. Hier zeigt sich m.E. die ganze Verlogenheit und unmoralische Haltung dieser sog. westlichen Demokratien. Menschenrechtsverletzungen in Ländern, die einem nicht genehm sind wie Russland, China, Belarus etc. werden z.T. mit Recht kritisiert, aber die eigenen werden geflissentlich verschwiegen. Änderungen werden nicht verlangt, Hilfen kaum angeboten. Menschenrechte nur nach Kosten und Nutzen zu bewerten, das hat System, insbesondere in Ländern mit konservativen und rechten Parteien in der Regierung.

Heike Kuntze-Engemann, Seeheim-Jugenheim

### SORRY

Regina Jones, die erste Rabbinerin der Geschichte, wurde nicht in Berlin ordiniert. Dieser Eindruck konnte entstehen, weil die FR den Artikel "Wenn Du jüdisch bist ..." (12.10., Seite 16/17) mit den Worten begonnen hat: "Berlin, 1935. Als erste Frau weltweit wird Regina Jones zur Rabbinerin ordiniert." Richtig ist: Jones wurde in Offenbach durch den Rabbiner Max Dienemann in dessen Wohnung in der Körnerstraße ordiniert.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211011